

Polizeipräsident Regele: „Von wegen, früher war alles besser“

Moni Marcel (mm)

31. Mai 2019

Polizeipräsident Gerhard Regele stellte am Freitag die Kriminalitätsstatistik des Landkreises vor. Und er musste sich erneut wiederholen: Der Landkreis ist in Regeles drittem Jahr der sicherste im Bereich des Polizeipräsidiums, und das Präsidium wiederum das sicherste im Land. Dabei sei es gar nicht so einfach, die ohnehin schon guten Zahlen noch weiter zu verbessern, so Regele, doch es ist offenbar gelungen.

Allerdings macht ihm die Stadt Oberndorf Sorgen: Sie tanzt mit einem Plus von 2,4 Prozent an Straftaten gänzlich aus der Reihe. Landesweit ist die Zahl 2018 um 1,3 Prozent zurückgegangen, im Bereich des Präsidiums Tuttlingen um 4,6 Prozent. Der Landkreis liegt bei 10,4 Prozent Rückgang, die Stadt Rottweil bei 12,3 Prozent, Schramberg toppt mit 16,5 Prozent alles, Sulz liegt bei minus 13 Prozent. Auch die Aufklärungsquote konnte wieder leicht verbessert werden, sie liegt in Rottweil bei zwei Dritteln, in Schramberg, dem Musterschüler, bei drei Vierteln.

Regele hatte die Zahlen mit denen von vor zehn und vor 35 Jahren verglichen, und auch hier zeigt sich, dass das Jahr 2018 das Sicherste seitdem war. „Von wegen früher war alles besser“, kommentierte das der Präsident. Denn von 35 Jahren war der Ostblock noch unter sich und auch in die Nachbarländer kam man nur durch Grenzkontrollen. „Auch damals haben die Bürger nicht sicherer gelebt.“

Gestiegen ist allerdings die Zahl der Sexualstraftaten, um ein Viertel, doch das findet man bei der Polizei eigentlich ganz gut. Denn zum Einen liegt das an einer Gesetzesänderung: Wer früher jemanden gegen dessen Willen anfasste, konnte wegen Beleidigung angeklagt werden. Heute fällt das unter sexuelle Belästigung. Und zum Anderen wird vieles eher angezeigt als früher. „Mir ist es lieber, ein Opfer kommt zu uns, vertraut sich uns an, und der Täter wird belangt, als wenn das Opfer aus Scham schweigt.“ Nur so könne man die Täter ermitteln, „ich bin nicht traurig, wenn hier die Zahlen noch nach oben gehen“, so Regele. Aber die Polizei werde auch genau hinschauen, vor allem bei Großveranstaltungen.

Und er betonte: In diesem Bereich fallen ausländische Tatverdächtige nicht auf. Allerdings bei den Gewaltdelikten, hier liegt deren Anteil bei 42 Prozent: Von 173 Taten wurden 73 von Nichtdeutschen begangen, davon waren 34 Asylbewerber. Allerdings seien die Opfer hier meist ebenfalls Asylbewerber, solche Taten seien früher innerhalb der Unterkünfte ausgetragen worden, jetzt öfter in der Öffentlichkeit. „Obwohl Deutsche hier nicht Opfer werden, kriegen sie es mit und fühlen sich unsicher“, so Regele. Seine Befürchtung ist, dass solche Angriffe, bei denen oft Messer im Spiel sind, auch auf deutsche Jugendliche abfärben. Und er betont, dieses Problem könne die Polizei alleine nicht lösen. Man gehe in die Schulen und arbeite präventiv, aber wenn Kinder in der Familie Gewalt erlebten, würden sie auch viel eher gewalttätig.

Gewalt gegen Polizeibeamte ist ein erschreckendes Phänomen, das es auch im Präsidium gibt: 84 Beamte wurden im letzten Jahr verletzt, meist allerdings nur leicht. Hier ist Regele froh über die Bodycams, die seit dieser Woche im Einsatz sind: Ein nüchterner, kontrolliert handelnder Täter werde sicher davon abgeschreckt, hingegen wirke es bei solchen, die alkoholisiert sind oder unter Drogens tehen, wohl eher nicht.

Auch in Sachen Rauschgiftkriminalität hat die Polizei noch einiges zu tun: „Die Konsumfreudigkeit bei jungen Menschen nimmt zu“, so Regele. Die Zahlen unterscheiden sich hier aber auch stark: In Rottweil gingen die Fälle um 37,7 Prozent zurück, in Schramberg um sechs Prozent, in Oberdorf waren es 1,9 Prozent mehr und in Sulz ein Plus von 13,2 Prozent. Gefährlich seien vor allem die synthetischen Drogen, „sie wissen hier oft gar nicht, was sie da nehmen.“

Erfreulich hingegen ist die Entwicklung in Sachen Wohnungseinbrüchen: Hier gab es 22 Fälle im Landkreis, 2017 waren es noch 49. Als einen Grund dafür sieht Regele die Tatsache, dass die Bürger selbst mehr für ihre Sicherheit tun, wofür es auch Fördergelder gebe. Er verwies dazu auf die Beratungsstelle der Polizei, die kostenlos Tipps und Hilfe anbiete.

Noch eine eigentlich negative Zahl, die aber gar keine ist: 41,3 Prozent mehr Fälle in Sachen illegaler Waffenbesitz. Doch das hat mit der Amnestie zu tun: Wer seine illegale Waffe abgibt, wird bei der Polizei erstmal als Straftäter registriert. Erst danach ist die Staatsanwaltschaft für die Amnestie zuständig.